

Wer finanziert die Energiewende?

Energie wird – wie alle notwendigen Selbstverständlichkeiten unseres Lebens – täglich gebraucht und ebenso oft ignoriert. In letzter Zeit hat dieses sonst so wenig beachtete Thema allerdings Hochkonjunktur. Unternehmen beklagen sich lautstark über unzumutbar hohe Energiekosten und stellen auch gleich den Industriestandort infrage. Dabei werden viele Dinge in einen Topf geworfen. Diese sollten dringend entwirrt werden. Gerade vor großen Umwälzungen stellt sich die Frage: Wer sichert hier am effizientesten seine Interessen ab?

Energiekosten als Standortfaktor?

Zu den Fakten: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest, dass die Energiekosten „für 92 Prozent der Wertschöpfung im Industriebereich [...] im Durchschnitt 1,6 Prozent des Umsatzes“ betragen. Ähnliches gilt für Österreich, hier machten die Energiekosten der Industrie (Gas, Strom und Wasser) 2011 rund 2,1 Prozent des Bruttoumsatzes und rund 6,7 Prozent der Bruttowertschöpfung aus. Anders stellt sich die Situation natürlich in den tatsächlich energieintensiven Industriebetrieben dar. So beträgt etwa der durchschnittliche Energiekostenanteil an der Bruttowertschöpfung in der Papierindustrie rund 13 Prozent und in der Chemieindustrie rund 14 Prozent.

Freilich handelt es sich hierbei um Durchschnittsbetrachtungen, der Energiekostenanteil kann in einzelnen Produktionsschritten auch ein Vielfaches betragen. Dennoch: Energie macht erstens im Vergleich mit anderen Kosten nur einen überschaubaren Anteil aus, zweitens ist dieser stark branchenabhängig.

Rahmenbedingungen

Als Folge der Krise hat in Europa die Industriepolitik ein Revival, während gleichzeitig die klima- und energiepolitischen Ziele neu festgelegt wurden und Änderungen im Emissionshandel anstehen. Zudem wurden die USA über die Förderung von Schiefergas günstiger in der Produktion. Tatsache ist, dass die Gaspreise in Europa deutlich höher sind als in den USA, allerdings schwächt sich auch hier der Hype ab. Aufgrund großzügiger Ausnahmeregelungen gilt dies für Strom nur bedingt. „Für Unternehmen gibt es kaum Unterschiede zwischen Österreich bzw. Deutschland und vergleichbaren Regionen (Bundesstaaten) in den USA.“ Tatsache ist aber auch, dass einige Länder Europas eine hohe Importabhängigkeit von Energie aufweisen. Zum überwiegenden Teil sind Ölimporte und damit auch der Verkehr für diese Entwicklung verantwortlich. All das spricht dafür, dass Europa sich intensiver mit dem Thema

„Energieeffizienz“ auseinandersetzt – und zwar in allen Sektoren mit einem verbindlichen Ziel.

Das richtige Förderregime?

Gerade aufgrund klimapolitischer Zielvorgaben hat die Förderung erneuerbarer Energien in den letzten zehn Jahren europaweit extrem zugenommen. Viele Energieversorger machen mittlerweile die hohen Förderungen von Ökostrom für die Preisentwicklung auf dem Strommarkt mitverantwortlich. Diese habe zu einem Überangebot an Strom und damit zu sinkenden Großhandelspreisen geführt. In Kombination mit den niedrigen CO₂-Preisen führt dies zu massiven Wettbewerbsverzerrungen, die auch klimapolitisch kontraproduktiv sind: Moderne Gaskraftwerke mit geringem CO₂-Ausstoß werden von alten Kohlekraftwerken aus dem Markt gedrängt. Damit geraten jene Stromproduzenten unter Druck, die die Versorgungssicherheit garantieren, wenn weder der Wind weht, noch die Sonne scheint. Also wollen auch diese ihre Kosten abgedeckt wissen – eine Strategie, die wahrscheinlich wohl eher wieder die Haushalte und nicht die Unternehmen belastet.

Die Energiewirtschaft ist weltweit in einer Umbruchphase. Das ist an sich eine nicht unübliche Entwicklung, allerdings stellt sich die Frage, wer die Kosten dafür tragen wird?